

☒ NATIONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 24. SEPTEMBER

Altersvorsorge an künftige Anforderungen anpassen

Die Altersreform 2020 und ihre geplante Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer (MwSt) wird von der EVP klar befürwortet. Wir erachten die Reform als dringend und insgesamt ausgewogen.

Die Tatsache dass wir statistisch gesehen immer älter werden, stellt die Finanzierung der Altersvorsorge vor sehr grosse Herausforderungen. Vier Erwerbstätige finanzieren heute eine Rentnerin oder einen Rentner. 2040 werden es nur noch zwei sein. Die Finanzierungslücke in der AHV und die Umverteilung in der 2. Säule verschärfen sich dadurch jährlich. Handlungsbedarf ist unbestritten.

Mit dem Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 werden erstmals die 1. und die 2. Säule gleichzeitig reformiert. Damit soll die finanzielle Stabilität

der schweizerischen Altersvorsorge insgesamt gesichert und gleichzeitig das Rentenniveau erhalten werden. Ohne Reform würde die AHV ein immer höheres jährliches Defizit verzeichnen und 2030 bereits 7 Milliarden Franken mehr ausgeben als einnehmen.

Nach 20 Jahren ohne umfassende Reform muss die Altersvorsorge dringend an künftige Anforderungen angepasst werden.

Die Rentenreform soll bereits ab dem Jahr 2018 gestaffelt in Kraft treten. Auf diesen Zeitpunkt hin läuft die Zusatzfinanzierung für die IV über die Mehrwert-

steuer (MwSt) aus. Damit könnten die von der IV «frei werdenden» 0,3 Prozentpunkte für die Zusatzfinanzierung der AHV genutzt werden. Die MwSt würde damit auf dem heutigen Niveau bleiben und die Wirtschaft so vor Umstellungskosten bewahrt. Im Jahr 2021 würde die Mehrwertsteuer zugunsten der Stabilisierung der AHV auf 8,3% angehoben.

Die Rentenreform ist dringend nötig. Sie stabilisiert die Sozialwerke und sichert die Renten sowohl für bestehende Rentnerinnen und Rentner als auch für künftige Rentengenerationen. Obwohl auch ich nicht über alle Punkte glücklich bin, empfehle ich Ihnen ein überzeugtes Ja zur Altersreform 2020 inklusive der notwendigen MwSt-Erhöhung



Nationalrätin Marianne Streiff

zu deren Finanzierung. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz unterstützt die beiden Vorlagen mit 82 zu 3 Stimmen.

Marianne Streiff, Nationalrätin,
Präsidentin EVP Schweiz



☒ KANTONALE WAHLEN 2018

Regierungsratskandidat Hans Kipfer

Die EVP Kanton Bern will bei den Grossratswahlen vom 25. März 2018 die Zahl der Grossratsmitglieder von 12 auf 13 erhöhen. Bei den Regierungsratswahlen steigt die EVP mit dem Münsinger Grossrat Hans Kipfer ins Rennen.

Die Delegiertenversammlung der Kantonalpartei hat Grossrat Hans Kipfer einstimmig als Regierungsratskandidaten nominiert. Der 51-jährige Familienvater führt seit gut einem Jahr das Restaurant Schlossgut in Münsingen



Regierungsratskandidat Hans Kipfer

(vgl. Artikel auf Seite 9). Er verfügt über eine langjährige Führungserfahrung in den Bereichen Gastronomie und Hotellerie. Hans Kipfer politisiert seit 2008 für die EVP im Grossen Rat, wo er sich einen Namen als gewiefter Finanzpolitiker gemacht hat. Als Mitglied der grossrätlichen Finanzkommission setzt er sich mit Herzblut für gesunde Kantonsfinanzen ein. So muss die Kantonsregierung aufgrund einer Motion Kipfers die Effizienz in der Verwaltung überprüfen und deren Abläufe optimieren.

Philippe Messerli, Grossrat

Steuern nicht auf Kosten der Schwächsten senken

Der Kanton Bern soll Steuern senken. Das ist die Forderung der politischen Mehrheit und der Plan der Regierung. Unter anderem deshalb muss der



Christine Schnegg

Kanton Bern sparen, jährlich 185 Mio. Franken. In dieser Diskussion um Steuersenkungen und Sparmassnahmen ist die

EVP stark gefordert. Dürfen wir Steuersenkungen beschliessen, die nicht gegenfinanziert sind oder die vor allem jenen zugute kommen, die gar nicht darauf angewiesen sind? Ist es gerecht, wenn unsere betagten, pflegebedürftigen oder auf besondere Unterstützung angewiesenen Mitmenschen die Zeche der Steuersenkungen bezahlen sollen? Wollen wir wirklich bei der Ausbildung unserer Kinder oder bei den Sozialhilfebeziehenden sparen? Sind solche Massnahmen im Endeffekt nicht sogar teuer? Die EVP-Grossratsfraktion lehnt Steuersenkungen ab, die durch Einsparungen bei den Schwächsten der Gesellschaft finanziert werden.

Es gibt jedoch einen kleinen Spielraum für nötige Steuersenkungen, aber nur, wenn diese gegenfinanziert sind. Die EVP hat dazu bereits Vorschläge gemacht. Mehreinnahmen könnten durch eine ökologische Lenkungsabgabe bei der Inverkehrsetzung von Motorfahrzeugen generiert werden. Einsparungen hingegen könnten durch eine Überprüfung der Effizienz und der Aufgaben in der kantonalen Verwaltung erfolgen.

Die politische Diskussion wird diesen Herbst geführt. Ich wünsche der Grossratsfraktion dazu die nötige Inspiration durch Gottes Weisheit.

Christine Schnegg, Präsidentin
EVP BE, Grossrätin

Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit

Mit dem Verfassungsartikel 104a soll zukünftig in der Bundesverfassung festgeschrieben sein, wie wir in der Schweiz die Ernährungssicherheit mit einem minimalen Selbstversorgungsgrad von 50 % erhalten wollen.

Es geht besonders darum festzuschreiben, wie wir Nahrungsmittel produzieren, welche Spielregeln für einheimische und importierte Produkte gelten und wie grenzüberschreitende Handelsbeziehungen ausgestaltet sein sollen.

Die Sicherung des Kulturlandes und der Erhalt von bäuerlichen Familienbetrieben gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Lebensmittelproduktion in der kleinräumigen Schweiz. Im Zentrum soll eine standortangepasste und ressourceneffiziente Produktion stehen, die auf den Markt ausgerichtet ist, die genügend Wertschöpfung generieren kann und sich in einem gesunden Gleichgewicht zu ökologischen Massnahmen befindet.



EVP-Grossrätin Christine Grogg leitet mit ihrem Mann Gottfried einen Bauernbetrieb mit therapeutischer Wohngemeinschaft in Bützberg.

Die Umsetzung der «Swissness» soll zentral bleiben und mit Grenzschutzmassnahmen und der konsequenten Deklaration der Produkteinhalte verstärkt werden. Neu sollen auch ausländische Produkte nach den drei Aspekten der nachhaltigen Entwicklung (Umwelt, soziale Dimension, wirtschaftliche Entwicklung des Sektors) beurteilt werden. Dieser Verfassungsartikel soll

nicht den Freihandel, aber den fairen Handel fördern. Die Lebensmittel sollen wieder eine höhere Wertschätzung erlangen, auch durch gezielte Bekämpfung von Food Waste. Die Delegierten der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern sprachen sich klar für die neue Verfassungsbestimmung aus.

Christine Grogg, Gemeinderätin,
Grossrätin und Bäuerin

REVISION BERNISCHES SOZIALHILFEGESETZ

Inakzeptable Senkung des Grundbedarfs

Die EVP lehnt die vom Revisionsrat vorgeschlagene Revision des Sozialhilfegesetzes ab. Die geplante Kürzung beim Grundbedarf um 10 – 30 % erachtet die EVP als sozialpolitisch inakzeptabel.

Die finanzielle Lage der sozial Schwächsten in der Gesellschaft würde damit nochmals deutlich verschlechtert. Von diesen einschneidenden Massnahmen wären hauptsächlich Kinder und Jugendliche betroffen. Die EVP

befürchtet zudem, dass andere Kantone mit einer Kürzung beim Grundbedarf nachziehen könnten und es in der Folge zu einem unerwünschten Sozialhilfewettbewerb kommen könnte.

Skeptisch beurteilt die EVP die geplanten Erhöhungen der Anreizsysteme. Sie bezweifelt, dass mit dieser Massnahme mehr Sozialhilfebeziehende in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies aufgrund der Tatsache, dass es an Arbeitsplätzen für schlechter qualifizierte Personen mangelt und viele

Sozialhilfebeziehende nicht über die erforderlichen Ressourcen für eine erfolgreiche Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt verfügen.

Christine Schnegg, Grossrätin

Parolen zum 24. Sept. 2017

- ☝ Ernährungssicherheit JA
- ☝ AHV-Zusatzfinanzierung per MwSt JA
- ☝ Gesetz zur Altersvorsorge 2020 JA

Infos: www.evp-be.ch und www.evppev.ch/abstimmungen

Wählen Sie EVP!

Im Herbst beteiligt sich die EVP in nicht weniger als 18 Gemeinden an den kommunalen Wahlen. Ziel ist die Verteidigung der bisherigen Mandate sowie der Gewinn zusätzlicher Sitze in Parlamenten und Exekutiven.

In acht Gemeinden ist der Wahltermin bereits am 24. September. Hier eine Übersicht über die Wahlgänge bis Ende Oktober:

Die EVP will als stärkste politische Kraft in **Grosshöchstetten** mit Gemeinderätin Christine Hofer das Gemeindepräsidium



Christine Hofer



Raymond Beutler

gewinnen. Mit Raymond Beutler (bisher) will die EVP den zweiten Sitz im Gemeinderat verteidigen und zudem die bisherigen Kommissionssitze halten.
Wahltermin: 29. Oktober.

In **Herzogenbuchsee** hat die EVP aufgrund der offenen Ausgangslage gute Chancen, erstmals überhaupt in den



Hans Schneider



Warum ich in der EVP bin

Wir sind als junge Familie auf beruflichem Weg nach Oberdiessbach gezogen. Schnell bekam ich einen guten Draht zu Menschen im Dorf und gewann sie richtig gern. Ich wünsche mir, mit dem, was ich habe und bin, für Menschen zu leben und mich einzusetzen. Auch politisch.

Jasmine Hari-Losenegger, Gemeinderatskandidatin Oberdiessbach

Gemeinderat einzuziehen. Hans Schneider ist Spitzenkandidat. Weiter kämpft die EVP in Buchsi um Kommissionssitze.
Wahltermin: 24. September.

Die EVP **Konolfingen** setzt sich mit einer starken Liste für die Verteidigung des Sitzes von Gemeinderat Hansjörg Kurt ein.
Wahltermin: 24. September.



Hansjörg Kurt

In **Köniz** will die EVP den vor vier Jahren verlorenen dritten Sitz im Parlament zurückholen. Barbara Weiss, Markus Bremgartner und



Katja Niederhauser



Bernhard Zaugg

Matthias Müller stellen sich zusammen mit den Bisherigen Katja Niederhauser und Bernhard Zaugg als Spitzenkandidierende zur Wahl.
Wahltermin: 24. September.



Christoph Utiger

Die EVP **Langnau** kämpft mit dem langjährigen Parlamentarier Christoph Utiger um das Gemeindepräsidium und auch um den Wiedereinzug in den Gemeinderat. Zudem will sie mit ihrer starken Liste auch im Gemeindeparlament zulegen.
Wahltermin: 29. Oktober.

Ziel Gemeindepräsidium

In drei Gemeinden stellt sich je eine in der Lokalpolitik erfahrene Person aus der EVP fürs Gemeindepräsidium zur Wahl.

Es sind dies:

- in **Grosshöchstetten** Christine Hofer
- in **Langnau** Christoph Utiger
- in **Oberdiessbach** Hanspeter Schmutz

In Lyss

engagiert sich Grossrätin Christine Schnegg für den Gewinn eines Sitzes im Gemeinderat. Natürlich will die EVP Lyss – Busswil auch ihre sechs Sitze im Parlament verteidigen.
Wahltermin: 24. September.



Christine Schnegg



Andreas Blatter

In der Gemeinde **Matten bei Interlaken** will die EVP mit Spitzenkandidat Andreas Blatter an ihr gutes Resultat bei den Gemeindewahlen vor vier Jahren anknüpfen.
Wahltermin: 24. September.



Philippe Messerli

Die EVP **Nidau** hat dank einer optimalen Listenverbindung sowie einer zusätzlichen *jevp-Liste gute Chancen, mit Grossrat Philippe Messerli in den Gemeinderat einzuziehen. Zudem will sie einen dritten Stadtratssitz gewinnen.
Wahltermin: 24. September.



Hanspeter Schmutz

In **Oberdiessbach** steigt Gemeinderat Hanspeter Schmutz ins Rennen um das Gemeindepräsidium. Die EVP will die Sitze im Gemeinderat und in

Aufruf an die Adelbodner

Gemeinderat René Müller muss wegen Amtszeitbeschränkung ausscheiden. Es ist offen, ob und wie die EVP bei den Gemeindewahlen vom 26. November antreten wird.

Interessierte melden sich bitte umgehend bei EVP-Präsident Peter Maurer: Tel. 033 673 31 02, E-Mail: peli.maurer@gmx.ch.

den Kommissionen erfolgreich verteidigen.
Wahltermin: 24. September.

Die EVP **Thunstetten** engagiert sich mit starken Listen um den Erhalt der Sitze im Gemeinderat und in den Kommissionen. Für den Gemeinderat stellt sich Gemeinderätin und Grossrätin Christine Grogg erneut zur Wahl.
Wahltermin: 24. September.



Christine Grogg

*Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen*

AGENDA

Septembersession des Grossen Rats

4. bis 14. September 2017

EVP-Kurs «Typo3 für Sektions-Webmaster»

14. Sept. 2017, 18.15–20.15 Uhr
EVP-Generalsekretariat,
Nägeligasse 9, Bern

Volksabstimmungen

24. September 2017

Ausserordentliche DV EVP Kanton Bern

19. Oktober 2017, 19.30 Uhr
Nägeligasse 9, Bern

Stamm Regionalteam *jevp

2. November 2017

Frauen Netzwerk EVP BE

11. Nov. 2017, 9.30–12.00 Uhr
Besuch Regionalgefängnis
Burgdorf

Novembersession des Grossen Rats

20. Nov. bis 6. Dez. 2017

DV EVP Schweiz

2. Dezember 2017

Bildung, Verwaltung und Verkehr

Am 6. Juni übernahm Ursula Zybach (SP) das Grossratspräsidium von Carlos Reinhard (FDP). In ihrer Eröffnungsrede forderte sie den Grossen Rat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Arbeit im Rat das Image der Politiker verbessere.

Zum Regierungspräsidenten wurde mit 147 Stimmen sehr erfolgreich Bernhard Pulver (Grüne) gewählt.

Fachhochschul-Standorte

Das Kantonsparlament behandelte die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule und hielt in einer Erklärung fest: «Der Grosse Rat setzt sich für einen starken Bildungsstandort Kanton Bern ein. In diesem Sinne bekräftigt er seine Unterstützung

für die Schaffung eines Campus Bern für die Berner Fachhochschule, eines Campus Burgdorf für die Technische Fachschule und eines TeCLab in Burgdorf als innovatives Bildungszentrum in aktiver Zusammenarbeit. Der Grosse Rat erwartet, dass die geplanten Projekte in Bern und Burgdorf ohne Verzögerung umgesetzt werden.»

Erfolgreiche EVP-Vorstösse

Ein EVP-Vorstoss, den **Christine**

Schnegg

vorstellte, verlangt eine übergeordnete Strategie für die Regierungstätigkeit, insbesondere mit Rücksicht auf Eckwerte aus den Regionen. Er wurde mit 110:36 Stimmen erfolgreich angenommen. Die Regierung stellte die Massnahmenprogramme der Wasserstrategie vor, die einst durch eine Motion von **Hans Kipfer** ins Leben gerufen wurde. Der Grosse Rat nahm das Programm mit 140:4 wohlwollend zur Kenntnis.



Marc Jost

Dank einer Motion von **Barbara Streit** muss der Regierungsrat ein Open-Source-Software-Portal schaffen, auf dem Kanton und Gemeinden Software-Entwicklungen austauschen können. Der Entscheid fiel mit 98:48 Stimmen.

Tram Bern – Ostermundigen

Das Kantonsparlament verabschiedete zudem den Verpflichtungskredit für die Tramlinie von Bern nach Ostermundigen. Damit wird der Kanton das 264 Mio. Fr. teure Vorhaben mit 102 Mio. Fr. unterstützen. Die Buslinie 10 zwischen Bern und Ostermundigen soll auf Trambetrieb umgestellt werden. Der Bau soll aus heutiger Sicht spätestens 2022 beginnen. Es wird mit rund fünf Jahren Bauzeit gerechnet.

Marc Jost, Grossrat

EVP-KURZNEWS

Nachrichten aus den Sektionen

Vorstoss zur Post Busswil

Laut einem Flugblatt der Post an alle Haushaltungen in Busswil ist die Schliessung der Poststelle Busswil beschlossen und ein Partner für eine Postagentur gefunden. Die EVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat Lyss-Busswil (Foto)



weist in einer Interpellation darauf hin, dass Kunden für manche Postdienstleistungen so nach Lyss müssen und dass dies wegen fehlendem niveaufreiem Zugang zur S-Bahn für einige ein Problem ist. Die EVP-Fraktion ersucht darum die Gemeinde, mit Post und SBB eine Lösung zu finden, damit stets entweder eine Poststelle oder eine hindernisfreie Reise nach Lyss möglich ist.

Doppelwechsel in Langenthal

Daniel Steiner-Brütsch trat nach zwölf Jahren als Präsident der



Daniel Steiner und Michael Sigrist

EVP Langenthal zurück, bleibt aber Stadtrat. Sein Nachfolger ist Michael Sigrist, Psychologe und Bereichsleiter «Beratung und Therapie» beim Blauen Kreuz Kanton Bern. Weil sie eine Arbeit in den Sozialen Dienste der Stadt Langenthal annahm, trat Rahel Lanz zur Vermeidung von Interessenkonflikten aus dem Stadtrat zurück, wo sie u. a. mit einem Vorstoss für Tagesstrukturen während der Schulferien («Ferieninsel») Erfolg hatte. Der bereits in der Finanzkommission tätige dipl. Pflegefachmann HF Jürg Schenk löst sie im Rat ab.



Rahel Lanz und Jürg Schenk

Kirchberg: neue EVP-Spitze

An der Hauptversammlung der EVP Kirchberg wurden Lucas Bremgartner als neuer Präsident und Karin Näf als neue Vizepräsidentin in den Vorstand der EVP Kirchberg gewählt. Die EVP Kirchberg ist zur Zeit in sechs Gemeindekommissionen und im Gemeindeverband vertreten.

100 Jahre EVP Stadt Bern

Am 25. Oktober 1917 wurde in Bern die «Politische Vereinigung christlicher Bürger» gegründet. Sie regte die Gründung der schweizerischen EVP an und schloss sich dieser 1919 an. Seit 1918 ist die EVP ohne Unterbruch im Berner Stadtrat vertreten. Das Jubiläum wird am Samstag, 21. Oktober von 14 bis 17 Uhr im Rathaus gefeiert. Infos und Anmeldung auf www.evp-bern.ch.

Neubau für Musikschule

Der von vier Gemeinden gemeinsam in Bolligen betriebene Musikschule Unteres Worblental drohte wegen Gebäudemängeln und fehlender Finanzen zum Bauen das Aus. Die EVP Ostermundigen setzte sich von Beginn weg für den Erhalt

ein. An einem runden Tisch der vier Stiftergemeinden half die EVP/CVP-Fraktion aus Ostermundigen mit, Ungereimtheiten zu beseitigen. Im zweiten Anlauf wurde nun ein Neubau gutgeheissen.

Wechsel in Vechigen

Nach langem Engagement in der Gemeindepolitik trat Christoph Wagner als Sekretär der EVP Vechigen zurück. Mit Saskia Schwyn konnte eine motivierte Nachfolgerin gefunden werden.

Neuer Präsident in Belp

Benjamin Gfeller trat als Präsident der EVP

Belp zurück. Sein Amt übernahm Vizepräsident Simon Baumann. Die Mitgliederversammlung wählte den 28-jährigen



Simon Baumann

Softwareentwickler einstimmig.

Verstärkung für EVP Spiez

Die Hauptversammlung der EVP Spiez verstärkte die Parteileitung. Stefan Fink wurde neu ins Sekretariat gewählt, Dario Frey als Vertreter der Jungen EVP. Präsident Markus Wenger würdigte an der Zusammenkunft die auf Ende der letzten Legislatur zurückgetretene Gemeinderätin Ursula Erni.

Die neuen EVP-Grossräte stellen sich vor

Mit dem 41-jährigen Landwirt Tom Gerber aus Reconvilier und dem 51-jährigen gewerblichen Unternehmer Thomas Leiser aus Worb politisieren ab September zwei neue Mitglieder in der EVP-Grossratsfraktion. Sie treten die Nachfolge von Patrick Gsteiger und Niklaus Gfeller an (vgl. Kasten). Die zwei neuen Parlamentarier stehen Red und Antwort.

Welche politische Erfahrung bringst du mit?

Tom Gerber: Ich war acht Jahre im Gemeinderat tätig und bin in der dritten Legislatur im Bernjura-rassischen Rat aktiv. Seit 15 Jahren bin ich zudem Experte und Prüfungskommissionsmitglied in der höheren landwirtschaftlichen Berufsbildung.

Thomas Leiser: Während vier Jahren führte ich als Gemeinderat in Worb das Sicherheitsdepartement. Zuvor war ich während sieben Jahren Mitglied des Gemeindeparlaments. Als Unternehmer (Inhaber und Leiter einer Holzwerkstatt) pflege ich einen guten Kontakt zum Worber Gewerbe und bin auch Mitglied im Gewerbeverein.

Wo liegen deine politischen Schwerpunkte?

Tom Gerber: Alleine schon wegen meines beruflichen Hintergrundes bin ich auf alles sensi-

bilisiert, was die Landwirtschaft angeht. Wichtige Themen sind für mich aber auch Migration und Sozialhilfe.

Thomas Leiser: Aufgrund meiner unternehmerischen Tätigkeit liegen mir die Anliegen der KMU und der Wirtschaft am nächsten. Mir ist es ein Herzensanliegen, dass wir zu den KMU und deren Wettbewerbsfähigkeit Sorge tragen. Ich will aber auch eine Stimme für die Schwachen in unserer Gesellschaft sein.

Welches Problem möchtest du als Grossrat als erstes angehen?

Tom Gerber: Ich bin fest überzeugt, dass wir in der Integration und Sozialhilfe neue Wege gehen müssen. Ich glaube nicht, dass wir «das Problem» nur mit Geld lösen können. Mein Motto lautet: Geld gegen eine gewisse Leistung. Um diese neuen Angebote zu schaffen und die Leute zu beschäftigen, braucht es zwingend eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. So könnte ich mir etwa bei den Unterstützungsleistungen eine Mischform aus einem Lohn- und einem Sozialhilfeanteil vorstellen. Das Thema ist aber sehr komplex.



Die neuen EVP-Grossräte Tom Gerber und Thomas Leiser.

Es gibt keine einfachen Lösungen!

Thomas Leiser: Ich sehe mich nicht als Person, die alles verändern will, sondern als eine, die Lösungen und das Gemeinsame mit anderen sucht. Dazu gehören Wertschätzung und das Hineinversetzen in andere Standpunkte. Mein Credo ist FÜR

etwas zu kämpfen und nicht GEGEN etwas. Aus meiner Zeit als Gemeinderat weiss ich, dass es bei den Beschaffungen der Feuerwehren Nachholbedarf gibt. Dieses Problem könnte z. B. mit einer kantonalen Beschaffungsplattform gelöst werden.

Interview: Philippe Messerli

Die abtretenden Grossräte

Der Bernjurassier **Patrick Gsteiger** (50) gehörte dem Grossen Rat seit 2010 an. 2010 und 2016 trat er für die EVP als Regierungsratskandidat an. Zu seinen politischen Schwerpunkten gehörten Energie-, Wirtschafts- und Sicherheitsfragen. Nach sieben Jahren Ratstätigkeit will sich Gsteiger nun voll seinem Beruf als Firmenmitinhaber und Berater im Bereich Energietechnik sowie dem Gemeindefusionsprojekt im Grand Val bei Moutier widmen. Zudem wird er weiterhin die EVP Berner Jura präsidieren.

Niklaus Gfeller (54) blickt – wie er in seinem Rücktrittsschreiben selber betont – mit grosser Dankbarkeit auf die vielen wertvollen und bereichernden Erfahrungen zurück, die er während seiner 18-jährigen Amtszeit als Grossrat machen durfte. Mit ihm verliert die EVP-Fraktion einen ausgewiesenen Fachmann in Raumplanungs-, Energie-, Wirtschafts- und Sozialfragen. In seiner Funktion als Worber Gemeindepräsident wird er sich weiterhin für das Wohl der Allgemeinheit engagieren.



Patrick Gsteiger

Niklaus Gfeller

IMPRESSUM

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bevvp@evp-be.ch

Inserate:

Jordi AG, Belp, Bruno Jordi,
Tel. 031 818 01 26, bruno.jordi@jordibelp.ch.
Mediendaten: www.evp-be.ch > Parteizeitung

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Adressänderungen: Bitte schriftlich an
EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via
www.evpppev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.–;
Freunde/Gönner:
Fr. 3.–
Postcheck 30-20312-1
(EVP)



Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port
www.atelierpassage.ch, info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

«Die Politik vor Ort aktiv mitgestalten»

Unter anderem (vgl. Seite 3) werden diesen Herbst die Gemeindeparlamente von Köniz, Langnau, Lyss und Nidau neu gewählt. Je ein amtierendes und wiederkandidierendes Parlamentsmitglied der vier Orte gibt Einblick in seine politische Arbeit in der Gemeinde.



Jürgen Gerber



Martin Kohler



Katja Niederhauser-Streiff



Philippe Messerli

Wie erlebst du die Arbeit im Gemeindeparlament?

Jürgen Gerber, Lyss: Spannend und lehrreich. Die Begegnungen mit Parlamentariern aus verschiedensten Umfeldern und mit unterschiedlichen Schwerpunkten sind bereichernd. Besonders wertvoll ist die Arbeit in der parlamentarischen Kommission mit Vertretern aller Fraktionen und der intensiven Auseinandersetzung mit den alltäglichen Herausforderungen der Sozialdienste.

Martin Kohler, Langnau: Durch die Arbeit in Parlament habe ich viele Kontakte über Parteigrenzen hinweg knüpfen können und Einblick in verschiedenste Bereiche der Gemeinde erhalten. In unserer EVP/EDU-Fraktion sind wir uns nicht immer einig, wie man christliche Werte in der Politik konkret umsetzt.

Katja Niederhauser-Streiff, Köniz: Es ist für mich äusserst spannend. Mitzugestalten an der Wohnqualität in unserer Gemeinde macht mir viel Freude und motiviert mich. Es ist schön, in der Fraktion mit Gleichgesinnten zu diskutieren und gemeinsam einen Konsens auszuarbeiten. Aber auch Diskussionen mit

Mitgliedern aus anderen Parteien finde ich hilf- und lehrreich.

Philippe Messerli, Nidau:

Besonders interessant finde ich an der Gemeindepolitik, dass es um Belange geht, die «vor der Haustüre» liegen. Als Parlamentarier hat man die Möglichkeit, konkrete Vorschläge einzubringen und die Politik vor Ort aktiv mitzugestalten. Generell finde ich es spannend, mit anderen Menschen zusammenzukommen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Ist dir ein Erlebnis aus der laufenden Legislatur speziell in Erinnerung geblieben?

Jürgen Gerber: Die zwischenmenschlichen Begegnungen und Gespräche mit meinem Banknachbarn aus einer anderen Fraktion, der oft andere politische Ansichten als die der EVP vertritt. Sein respektvoller Umgang und seine Achtung vor unseren Glaubensüberzeugungen.

Martin Kohler: Die vielen angeregten Diskussionen im Zusammenhang mit dem Neubau der Dreifachturnhalle im Oberfeld. Die Turnhalle ist nach dem Ilfistadion ein weiteres Grossprojekt für Langnau. Der Neubau ist für die Schulen in Langnau wichtig, sie benötigen die Turnhalle dringend. Wir müssen aber Acht geben, dass der Finanzhaushalt der Gemeinde in Balance bleibt.

Katja Niederhauser: Wir gingen als Könizer Parlament nach Bern zu einer gemeinsamen

Sitzung mit dem Berner Stadtrat. Ich finde es schön, dass regional zusammengearbeitet wird, und auch die Begegnung mit unserer Berner EVP-Kollegin war für mich wertvoll.

Philippe Messerli: 2014 hatte ich das Vorrecht, das Ratspräsidium auszuüben. Besonders geschätzt habe ich, dass ich als «oberster Nidauer» die Gemeinde an verschiedenen Anlässen repräsentieren durfte. Zudem konnte ich in der Budgetdebatte zweimal den Stichtentscheid fällen.

Welche Anliegen sind dir für deine Wohngemeinde besonders wichtig?

Jürgen Gerber: Dass wir als gute Verwalter nachfolgenden Generationen gesunde Finanzen und eine gut unterhaltene Infrastruktur hinterlassen. Dass jungen Menschen Perspektiven vermittelt werden durch ein breites Bildungsangebot und durch Arbeitsplätze. Rücksicht auf und Unterstützung von Schutzbedürftigen und schwächeren Mitbürgern.

Martin Kohler: Langnau soll auch in Zukunft das attraktive Zentrum des Oberemmentals sein. Im Parlament will ich als Oberfrittenbacher auch den Ausenbezirken eine Stimme geben.

Katja Niederhauser: Ich möchte mithelfen, dass meine Tochter in einem möglichst guten Umfeld aufwachsen kann. Da ist mir sicher die Bildung ein grosses

Anliegen. Aber auch ein schonender Umgang mit unseren Ressourcen, d. h. Schutz unserer Umwelt, Unterstützung alternativer Energien, Unterstützung des ÖV, sorgsamer Umgang mit den Finanzen.

Philippe Messerli: Die beiden Grossprojekte AGGLOlac und der Westast der A5 stellen für die Stadt Nidau grosse Herausforderungen dar. Falls sie jedoch umwelt-, energie- und verkehrstechnisch richtig umgesetzt werden, haben sie sehr viel Potenzial, um unsere Gemeinde erfolgreich weiterzuentwickeln. Ich werde mich für gute Lösungen einsetzen.

Interview: Christof Erne

Spendenbarometer

Wahlkosten total:	Mittel im Wahlfonds:
220 000.–	45 000.–
Benötigte Spenden:	Stand 31. Juli 2017:
175 000.–	50 513.–

Kantonale Wahlen 2018

Am 25. März 2018 werden der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Ziel der EVP ist es, mindestens die 12 bisherigen Grossratsmandate zu halten und wenn möglich einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Zur Finanzierung der erforderlichen Werbemittel benötigen wir noch Spenden in der Höhe von Fr. 124 487.–. Die EVP ist auf Ihre Mithilfe ganz dringend angewiesen und dankt Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung!

EVP Kanton Bern
PC 30-20312-1

Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?



Interessiert?

Dann melden Sie sich bei Lukas Zimmermann-Oswald, Projektleiter Gemeindevahlen EVP BE

lukas.zimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

Christliche Jugendarbeit nicht diskriminieren

Am 21. März 2017 kündigte das Bundesamt für Sport verschiedenen Jungscharenverbänden die Verträge mit Jugend und Sport (J+S).

Organisationen wie der Bund Evangelischer Schweizer Jungscharen (BESJ), Youthnet, Youthplus und die Jungschar der Evangelisch-Methodistischen Kirche (JEMK) können auf Grund dieses Entscheids ab 2018 keine J+S-Leiter mehr ausbilden und die einzelnen lokalen Jungscharen keine Lager unter J+S durchführen. Dies wird damit begründet, dass diese Organisationen Sport nur zur Erreichung von



Farbenfrohe Kundgebung für die Jungscharen auf dem Berner Bundesplatz. Foto: SEA

religiösen und missionarischen Zielen einsetzen. Gegen diesen Entscheid hat sich Widerstand formiert – am 1. Juli auch in Form einer von EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller moderierten Kundgebung von

1400 Jungschärlern, Leitenden und Sympathisanten vor dem Bundeshaus. Die EVP engagiert sich an vorderster Front dafür, dass christliche Organisationen weiterhin durch J+S unterstützt werden.



Symbolbild

CHRISTLICHE JUGENDORGANISATIONEN IM KANTON BERN

Sieht der Kanton Probleme?

«Gefährden christliche Organisationen unsere Kinder und Jugendlichen?» fragte Marc Jost in einer Interpellation den Regierungsrat.

Das Bundesamt für Sport will ab 2018 bestimmten christlichen Jugendorganisationen keine



Marc Jost

Subventionen mehr gewähren und sie nicht mehr am Programm Jugend und Sport teilnehmen lassen (siehe Artikel oben). Von dieser Regelung sind auch zahlreiche christliche Organisati-

onen im Kanton Bern betroffen. Auf Bundesebene zeichnet sich nun eine mögliche Lösung ab, wo sich der Generalsekretär der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) mit seinem Jugendbeauftragten Andi Bachmann und Nationalrätin Marianne Streiff engagiert. Mit einer Interpellation will Grossrat Marc Jost diesen Prozess auf kantonaler Ebene unterstützen. Seine Fragen blieben von der Regierung bisher noch unbeantwortet. Hier ein Auszug davon:

– Wurde der Berner Regierungsrat zum Vorhaben des Bundes, die J+S-Beiträge für bestimmte christliche Jugendorganisationen zu streichen, vorgängig zur Stellungnahme eingeladen?

- Sind dem Regierungsrat Aktivitäten oder Aktionen der betroffenen Organisationen im Kanton Bern bekannt, die gegen Anordnungen des SpoFÖG verstossen und eine Streichung der Subventionen rechtfertigen würden?
- Viele Trainings von Sportvereinen und zahlreiche Sportveranstaltungen in unserem Kanton können nur dank Subventionsbeiträgen von Jugend und Sport kostengünstig angeboten werden. Müssen alle diese Organisationen ebenfalls damit rechnen, dass die weltanschauliche Gesinnung der Trägerschaften überprüft wird?

Marc Jost, Grossrat und Generalsekretär SEA

KOMMENTAR

Die Jungschar fördert Kinder ganzheitlich

Als begeisterte Jungscharleiterin kann ich den Entscheid des Bundesamts für Sport, verschiedenen Jungscharenverbänden die J+S-Beiträge zu kündigen, nicht nachvollziehen. Die Jungschar gehört seit über einem Jahrzehnt zu meinem Leben und hat mich stark geprägt. Sie fördert ein Kind ganzheitlich.



Leandra Gafner

Ähnlich wie bei einem Sportclub stehen Zusammenhalt und Teamwork, Wertschätzung und Toleranz, Spass und Kreativität im Zentrum.

Was den Bund an den Jungscharen stört, ist unsere Motivation zum Leiten: der Glaube an Jesus. Ja, wir erzählen Kindern mit Begeisterung von unserem Glauben. Ja, zumindest in unserem Team sind wir alle überzeugte Christen. Und ja, wir freuen uns, wenn sich Kinder für ein Leben mit Jesus entscheiden. Aber nein, das heisst nicht, dass unser Angebot nicht für Kinder mit einer anderen oder ohne Religion offen steht. Nein, wir indoktrinieren Kinder nicht. Und nein, Sport ist für uns kein Mittel zum Zweck.

Diesen Organisationen wird etwas unterstellt, das schlicht nicht der Wahrheit entspricht. Verbände wie der BESJ haben die Ausbildungskurse für J+S-Leiter mitentwickelt und waren während Jahrzehnten geschätzte Partner. Die Unterstützung jetzt so plötzlich zu künden, erscheint als Eingriff in die Religionsfreiheit, denn eine andere Begründung als die religiöse Basis gab es nicht. Mit dem Entscheid wird zudem das in der Bundesverfassung verankerte Diskriminierungsverbot verletzt. Die Unterstützung darf nicht wegen der religiösen Ausrichtung von Organisationen verweigert werden.

Leandra Gafner
Vorstandsmitglied *jev

Identität in Jesus Christus

In regelmässigen Abständen lese ich in meiner alten Luther-Bibel, die ich noch aus Sonntagschulzeiten habe, den bekannten Psalm 139.

Die Verse 5 und 6 sprechen mich erneut an, und ich staune über den Worten, die David in seinem Psalm schreibt: «Von allen Seiten umgibst du mich und hältst deine Hand über mir. Diese

Erkenntnis ist mir zu wunderbar und zu hoch, ich kann sie nicht begreifen.» In meiner politischen Arbeit in unserem Dorf spüre ich immer wieder diese Nähe Gottes von allen Seiten.

Zu wissen, dass mein himmlischer Vater – der Allwissende und Allgegenwärtige – mich stets im Auge hat und für mich sorgt, lässt mich immer wieder staunen! Diese Erkenntnis, die ich noch lange nicht voll

begriffen habe, lässt mich jedoch gelassen und ruhig sein. Das Begründetsein in Jesus und zu wissen, wer ich bin – eine Tochter des Allerhöchsten – lässt mich mutige Schritte in die Zukunft gehen, auch wenn ich nicht genau weiss, was mich erwartet. Meine Identität in Jesus zu leben und diese nach aussen in mein Umfeld zu tragen ist mir ein



grosses Anliegen. Nicht ich, sondern Jesus durch mich soll in meinem Alltag, in meiner politischen Arbeit und meiner Gemeinde sichtbar und erlebbar werden. Das wünsche ich mir von Herzen! Lesen auch Sie ab und zu den Psalm 139 und lassen Sie sich davon inspirieren.

*Christine Hofer,
Gemeinderätin
Ressort Bildung,
Grosshöchstetten*

Alkohol statt Transparenz

Eine Fülle von Geschäften, Gesetzesentwürfen und vor allem Vorstössen bildeten die Schwerpunkte der Sommersession des Nationalrats.

Die Vorstösse behandelten Themen wie Alkohol in Autobahnraststätten, Politikfinanzierung, Wasserkraft, Post und Service public, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Flüchtlinge und Sozialversicherungen.

Zur grossen Enttäuschung der beiden EVP-Vertreterinnen hat der Nationalrat eine Motion seiner Verkehrskommission angenommen, die Ausschank und Verkauf von Alkohol auf Autobahnraststätten zulassen will. Das seit über fünfzig Jahren bewährte Verbot sei aufzuheben. Wir EVP-Nationalrätinnen unterstützten – leider erfolglos – eine Minderheit, die diese Änderung ablehnen wollte. Im Verhältnis 2:1 wurden auch Vorstösse zur Transparenz in der Politikfinanzierung abgelehnt. Umso mehr unterstützte ich als Mitglied des Initiativkomitees die Volksinitiative, die endlich Bewegung in diese Forderung bringen will. Es braucht in diesem Fall die Zivilgesellschaft, die Bundesrat und Parlamente zwingt, sich damit vertieft auseinanderzusetzen. Das Volk soll sagen, wie viel ihm



Marianne Streiff

an Transparenz liegt. Bereits haben 120 000 Stimmberechtigte die Initiative unterschrieben. Nähere Angaben finden Sie auf www.evpev.ch/politik/ kampagnen. Es gibt noch mehr Positives: Bereits in der Sondersession im Mai beschloss der Nationalrat mit 123 Ja zu 50 Nein und 10 Enthaltungen den Beitritt der Schweiz zur «Istanbul-Konvention», einem Europarats-Abkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.

*Marianne Streiff-Feller
Nationalrätin*

Auf Ingold folgt Gugger

Die 69-jährige Zürcher EVP-Nationalrätin Maja Ingold tritt per Ende November aus dem Nationalrat zurück. Ihr Nachfolger wird der Winterthurer Unternehmer und Kantonsrat Nik Gugger.

Seit 2010 ist für die EVP erstmals ein Frauenduo im Nationalrat aktiv: Die Zürcherin Maja Ingold und die Bernerin Marianne Streiff. Nun tritt die ehemalige Winterthurer Exekutivpolitikerin, Verfassungsrätin, Kirchenpflegepräsidentin und Brot-für-alle-Stiftungsrätin zurück.

Sie engagierte sich besonders in ethischen Fragen wie Menschenrechte, Friedensförderung sowie Entwicklungs-, Flüchtlings- und Sozialpolitik und teils mit innovativen Vorschlägen als Vermittlerin zwischen den Blöcken. Ingold ist Mitglied der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. «Die EVP ist meine Partei, weil sie in der Mitte politisiert und für mich christliche Werte als Leitplanken meiner Politik massgeblich sind», wird sie auf der EVP-Homepage zitiert.

Ihr Nachfolger Nik Gugger kommt wie Ingold aus Winterthur. Zudem hat er Berner Wurzeln. Sein Vater Fritz Gugger aus Uetenforn war lange Jahre EVP-Grossrat. Der 47-jährige frühere Fraktionspräsident im Stadtparlament von Winterthur ist Gesamtleiter der reformierten Fabrikkirche Winter-



Maja Ingold

Nik Gugger

thur, Sozialunternehmer und Unternehmensentwickler. Er will sich für soziales Wirtschaften (Social Entrepreneurship) einsetzen und dafür, dass Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit noch besser verknüpft werden. Als zweites Kernthema seiner Arbeit in Bern definiert er die Bereiche Bildung und Jugend. Als Gegner von Doppelmandaten wird er sein Kantonsratsmandat per Anfang Oktober abgeben, umso mehr, als er mit Barbara Günthard Fitze eine sehr gute Nachfolgerin habe.

Auf nikgugger.ch beschreibt sich der künftige Nationalrat als «tatkraftiger Unternehmer mit einem Herz für Menschen am Rande, interkulturell erfahren, kantonal verwurzelt».

Christof Erne

Ruth Trachsel, Langenthal

Seit 2011 ist Ruth Trachsel die EVP im Stadtrat Langenthal. Anfang Jahr wurde sie von ihren Ratskolleginnen und -kollegen zur Präsidentin und damit höchsten Langenthale-rin gewählt.

Wie kamst du zur Politik und zur EVP?

Im Sommer 2008 wurde ich von einer Kollegin angefragt, ob ich mich für die Gemeindewahlen im Herbst 2008 zur Verfügung stelle. Ich sagte zu und lernte bei den Wahltreffen ein motiviertes und engagiertes Team kennen. Ich interessierte mich schon immer für Politik, jedoch eher auf nationaler als auf lokaler Ebene. Ich hatte nach diesen Wahlen über die Kirche noch



Ruth Trachsel

Kontakt zu einzelnen Mandatsträgerinnen und -trägern der EVP. Im Sommer 2011 wurde ich vom damaligen Präsidenten der EVP Langenthal angefragt,

ob ich in den Stadtrat «nachrutschen» würde. Ich nahm die Herausforderung an und sass im Juni 2011 als völliges «Greenhorn» in meiner ersten Stadtratssitzung. Das war der Anfang meines politischen Lernprozesses, der bis heute andauert.

Was sind deine Schwerpunkte?

Ich bin Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und schätze die vielseitige und interessante Arbeit in diesem Gremium.

Was schätzt du an Langenthal?

Langenthal hat eine überschaubare Grösse. Hier finde ich alles, was ich für meinen Alltag brauche. Mein Arbeitsplatz ist ebenfalls da. Ich schätze besonders an Langenthal, dass ich nach der Arbeit oder am Wochenende

rasch zu Fuss die Naherholungsgebiete erreichen kann. Langenthal bietet neben vielen anderen Vereinen ein grosses Angebot an sportlichen Möglichkeiten.

Was sind die Herausforderungen für die Gemeinde?

Wir steuern mit dem Umbau von Bahnhof und Bahnhofsbereich auf eine intensive Bautätigkeit zu. Da entstehen sicher nicht nur am Bahnhof Staus und Wartezeiten, sondern auch im näheren Umfeld.

Wie hat sich das Thema «gesund blibe» entwickelt?

Dieses Thema steht noch am Anfang. Es wird in den Herbst- und Wintersitzungen Gestalt annehmen.

Interview: Markus Schmid

UNTERNEHMER IN DER EVP

Hans Kipfer, Grossrat und Gastronom

Der Grossrat aus dem Wahlkreis Mittelland-Süd und EVP-Regierungsratskandidat Hans Kipfer führt seit gut einem Jahr zusammen mit seiner Frau Andrea das Restaurant Schlossgut mitten in Münsingen.

Was begeistert dich an deinem Beruf als Gastronom?

Mit gefällt insbesondere das kreative Element der Küche. Die Gastronomie ist aber auch ein dankbarer Dienst an der Gesellschaft: Wir ermöglichen Menschen ein gesellschaftliches Leben und bereiten ihnen Freude.

Was bietet Ihr in Eurem Restaurant für Spezialitäten an?

Das Schlossgut ist mit seinem grossen Saal ein Treffpunkt für die Münsinger Bevölkerung und

Vereine. Unsere Menükarte ist deshalb sehr breit ausgerichtet und soll einfachen wie auch gehobenen Ansprüchen genügen. Wir achten sehr darauf, dass die handwerkliche Qualität stimmt. So verarbeiten wir möglichst alles selber und verwenden regionale und saisonale Produkte. Folgerichtig lautet unser Slogan «Ächt guet».

«Unternehmerisch denken heisst sozial handeln» lautet ein Motto von dir. Wie setzt du dies konkret in deinem Betrieb um?

Mir ist es ein grosses Anliegen, Menschen aus schwierigen Verhältnissen eine Chance zu geben. Konkret beschäftigen wir eine Person mit einer Aufenthaltsbewilligung F, zwei Lernende mit Migrationshintergrund, zwei Personen mit einer Attestausbildung sowie branchenfremde Einsteiger. Dies bedingt

ein grosses Engagement seitens der Fachpersonen, aber auch fachtechnisch müssen gewisse Abstriche in Kauf genommen werden. Für mich und meine Mitarbeitenden ist es jeweils menschlich ein grosser Gewinn, wenn die Integration gelingt.

Was sind die grössten Herausforderungen für die Gastrobranche?

Die Gastronomie ist ein hartes Pflaster, weil wir sowohl warenwie personalintensiv sind und damit eine tiefe Produktivität haben. Umso mehr macht es Sinn, die Wertschöpfung im Land zu behalten. Es müsste für niederschwellige Arbeiten attraktiver werden, Menschen aus dem hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren als billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen. Dies bedingt aber einen Mentalitätswandel in der Branche und bei der



Hans Kipfer

arbeitssuchenden Bevölkerung. Zudem gilt es, bürokratische Integrationshürden abzubauen.

Interview: Philippe Messerli

*jevp-Regionalteam wächst

An der Sitzung vom 20. Juni 2017 stiessen Nicolai Grimm und Tim Surbeck neu zum Regionalteam Bern der *jevp (www.jevp.ch) dazu. Damit vergrösserte sich das Team erfreulicherweise auf sieben Mitglieder.

Für das Regionalteam ist dies eine optimale Anzahl um sich zu formieren, kennenzulernen und Projekte in Angriff zu nehmen. Im September starten die Fachgruppen der EVP Schweiz mit einem Startevent ihre Arbeit. Diese wurden neu geschaffen, um parteiinternes Know-how besser nutzen zu können. Zumindest ein Mitglied des Regionalteams wird in einer Fachgruppe mitarbeiten. An der Delegiertenversammlung von Mitte August stellten

drei Mitglieder des Regionalteams dessen Arbeit vor.

Besuch im Rathaus

Am 21. November hat die *jevp Bern die Möglichkeit, die EVP-Grossratsfraktion während der Session zu besuchen. Am Vormittag wird die Grossratssitzung verfolgt und anschliessend mit der Fraktion das Mittagessen eingenommen. Am Nachmittag sind die jungen Leute als Zuhörer in die Fraktionssitzung eingeladen und haben anschliessend die Möglichkeit, den Grossratsmitgliedern der EVP Fragen zu stellen.

Am 2. November wird ein weiterer Stammtisch stattfinden. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

*Jonas Meinen, *jevp*

Effizienter Parteivorstand

Die EVP Schweiz hat an ihrer letzten Delegiertenversammlung einstimmig ihren neuen Parteivorstand gewählt. Damit verfügt die Partei über ein schlagkräftiges, breit abgestütztes Strategieorgan.

Die EVP hatte im März ihre Statuten mit dem Ziel reformiert, ihre Organe und Prozesse fokussierter, schlagkräftiger und effizienter auszurichten. Im neuen Vorstand sind gemäss Statuten neben dem Präsidium (zur Zeit Marianne Streiff) die Kantonalparteien vertreten, denen mehr als 10% der gesamten Parteimitglieder angehören. Zudem sind die Romandie, die *jevp und die EVP Frauen angemessen vertreten, ebenso die kleineren Kantonalparteien. Von Amtes wegen haben die Parteimitglieder im eidgenössischen Parlament Einsitz im Vorstand, mit beratender Stimme ausserdem der Generalsekretär und ein weiteres Mit-



Christine Schnegg vertritt den Kanton Bern im Vorstand der EVP Schweiz.

glied aus dem Generalsekretariat. Der neue Parteivorstand löst den bisherigen Zentralvorstand ab.

Für die restliche Amtszeit 2016–2020 gewählt sind: Sara Fritz (BL), Hansjörg Haller (TG), Christian Minder (AG), Lisette Müller-Jaag (Frauen), Roman Rutz (SG), Christine Schnegg (BE), Claudia Schürch (*jevp).

EVP CH

Wieder im Parlament



Zu Beginn der Sitzung des Generalrats (Parlament) von Murten von Anfang Mai wurden zwei Rücktritte bekanntgegeben. Für die scheidende Alexa Dürig (CVP) rückt nun Dr. Harald Weisse für die EVP nach.

Im November 2015 trat die EVP Freiburg mit der CVP auf einer gemeinsamen Liste zu den Generalratswahlen an und verlor ihre beiden Mandate. Weisse verpasste dabei die Wiederwahl nur knapp. Der sympathische Facharzt und Gründer der Privatschule Altavilla belegte



Harald Weisse

bereits von 2014 bis 2015 einen Sitz im Murten Generalrat, wo er Mitglied der Jugendkommission war.

Fokus auf Gemeindepolitik

Im Frühjahr 2017 lud der Vorstand seine Mitglieder zu einem offenen Werkstattgespräch über eine Standort- und Wegbestimmung der EVP Kanton Freiburg ein. 19 Personen folgten der Einladung. Diese stellten sich geschlossen hinter die Kantonalpartei. Konkret soll der Vorstand bis Ende 2018 personell wieder gestärkt und das künftige Schwergewicht auf die Gemeindemandate gelegt werden. So will man der EVP im Kanton wieder ein konkretes Gesicht geben.

EVP Kanton Freiburg



Ich bin EVP-Mitglied ...

... damit ich die Politik von Christen unterstützen darf und kann. Keine Partei vertritt meine Meinung so ähnlich wie die EVP. Auch die Bodenständigkeit der EVP ist ein wichtiger Grund. Sie ist innovativ, bleibt aber realistisch.»

Christian Meister, Biel



Es ist besser, Gott zu vertrauen, als sich auf Menschen zu verlassen.

Die Bibel: Psalm 118,8



☒ VOTATIONS FÉDÉRALES DU 24 SEPTEMBRE

Adapter la prévoyance vieillesse aux exigences à venir

La réforme de la prévoyance vieillesse 2020 et son financement complémentaire par la TVA sont clairement soutenues par le PEV. Il estime que la réforme est urgente et équilibrée.

En raison des développements démographiques, les bénéficiaires de rentes sont de plus en plus nombreux et, au vu de l'augmentation de l'espérance de vie, ces rentes sont versées de plus en plus longtemps. Cela soumet le financement de la prévoyance vieillesse à une pression importante. Quatre actifs sont aujourd'hui nécessaires afin de financer un rentier, alors qu'en 2040, il n'y en aura plus que deux. Le déficit financier de l'AVS et la redistribution du 2^{ème} pilier s'aggrave chaque année un peu plus. La nécessité d'agir est incontestable. La loi fédérale sur la

réforme de la prévoyance vieillesse 2020 réforme parallèlement le 1^{er} et le 2^{ème} pilier, ce qui doit assurer la stabilité financière de la prévoyance vieillesse suisse tout en maintenant le niveau des rentes. Sans réforme, l'AVS enregistrerait chaque année un déficit supplémentaire ce qui engendrerait en 2030 une différence entre les recettes et les dépenses se montant à 7 milliards. Après 20 ans sans réforme globale, la prévoyance vieillesse doit absolument être adaptée aux exigences futures. La réforme des rentes doit entrer en vigueur de manière échelon-

née dès 2018. Le financement complémentaire de l'AI sera alors assuré par la TVA. Les 0,3% ainsi «libérés» pourront être utilisés pour le financement complémentaire de l'AVS. La TVA resterait ainsi à son niveau actuel, ce qui préserverait l'économie des frais de conversion. En 2021, la TVA sera augmentée à 8,3% au profit de la stabilisation de l'AVS.

La réforme des rentes est urgente. Elle permet de stabiliser l'activité sociale et d'assurer les rentes pour les rentières et rentiers actuels ainsi que pour les rentiers des générations futures. Bien que je ne sois pas moi-même satisfaite de tous les éléments de cette réforme, je vous recommande de dire oui à la réforme de la prévoyance vieillesse



Marianne Streiff

2020 ainsi qu'à l'augmentation de la TVA nécessaire à son financement. L'Assemblée des délégué-e-s du PEV Suisse a dit OUI à ces deux sujets par 82 voix contre 3 et 5 abstentions.

Marianne Streiff
Conseillère nationale

☒ VOTATIONS DU 24 SEPTEMBRE

Oui à la sécurité alimentaire

Le PEV soutient le contre-projet direct à l'initiative populaire «Pour la sécurité alimentaire» de l'Union suisse des paysans.

Ce contre-projet prévoit qu'un concept global de sécurité alimentaire soit inscrit dans un nouveau article 104 c de la Constitution. Celui-ci englobe la sauvegarde des terres agricoles, une production alimentaire adaptée au site et économe en ressources naturelles ainsi qu'une agriculture et un secteur agroalimentaire tournés vers le marché. Le protectionnisme ne doit pas

constituer une barrière pour les pays en voie de développement dans la vente de leurs produits.

Le nouveau article sauvegarde des terres agricoles, maintien à long terme la production et la transformation des aliments en Suisse, tourne la production vers le marché, soutient une production alimentaire durable, soutient des échanges transfrontaliers équitables et permet aux consommateurs à influencer la manière de produire les aliments.

PEV CH

PEV SUISSE

Comité de parti efficace

Le PEV Suisse a, au cours de son dernière assemblée des délégué-e-s, élu à l'unanimité son nouveau comité de parti.

En mars, le parti avait réformé ses statuts dans l'objectif de rendre ses organes et son processus de décision plus efficaces. Selon les nouveaux statuts, le comité comprend la présidence (actuellement Marianne Streiff) ainsi que des membres des partis cantonaux comptant plus de 10% du nombre total de membres. De plus, la romandie, le *jevpe et le PEV Femmes sont représentés de manière appropriée, tout comme les plus petits partis cantonaux. Les membres du parti siégeant à

l'Assemblée fédérale siègent également dans ce comité de parti. Pour le restant de la période 2016-2020 ont été élues: Sara Fritz (BL), Hansjörg Haller (TG), Christian Minder (AG), Lisette Müller-Jaag (femmes), Roman Rutz (SG), Christine Schnegg (BE), Claudia Schürch (*jevpe).

PEV CH

Mots d'ordre du 24 sept 2017

- ☒ Sécurité alimentaire OUI
- Financement additionnel de l'AVS par la TVA OUI
- Loi sur la prévoyance vieillesse 2020 OUI

Infos: www.evppev.ch/fr/votations

Le PEVJB a un nouveau député au Grand Conseil

Tom Gerber, agriculteur de 41 ans de Reconvilier, succède à Patrick Gsteiger, d'Eschert, en tant que représentant du PEV du Jura Bernois (PEVJB). Le nouveau député au Grand Conseil répond à nos questions.



Tom Gerber, le nouveau au Grand Conseil.

Quelle expérience politique amènes-tu avec toi?

Tom Gerber: J'ai été actif au sein du conseil municipal pendant 8 ans ainsi qu'au sein du Conseil du Jura bernois depuis trois législatures. De plus, je suis expert et membre de la com-

mission d'examen de la formation professionnelle supérieure agricole.

Quelles sont tes priorités?

En raison de mon bagage professionnel, je suis sensible à tout ce qui concerne l'agriculture. Toutefois, la migration et l'aide sociale sont également des thèmes importants.

Quels problèmes aimerais-tu aborder en premier lieu en tant que député au Grand Conseil?

Je suis convaincu que de nouvelles approches sont nécessaires en matière d'intégration et d'aide sociale. Je ne crois pas que ces «problèmes» puissent être réglés avec de l'argent uniquement. Ma devise est «de l'argent pour une prestation». Afin de créer de

nouvelles offres et d'occuper les individus, une collaboration avec l'économie privée est impérative. En ce qui concerne les prestations de soutien, j'imagine un modèle mixte comprenant une

part de salaire et une part d'aide sociale. Toutefois, le thème est complexe et il n'y a pas de solutions simples!

Interview: Philippe Messerli

Démission de deux députés au Grand Conseil

En plus de Patrick Gsteiger, Niklaus Gfeller, maire de Worb, a également démissionné du Parlement cantonal. Il est remplacé par Thomas Leiser, 51 ans, Worb, propriétaire et directeur d'une entreprise de menuiserie.



Patrick Gsteiger

Niklaus Gfeller

Patrick Gsteiger, 50 ans, était député au Grand Conseil depuis 2010. Ses priorités politiques étaient les questions énergétiques, économiques et les thèmes sécuritaires. Après sept années d'activité, il souhaite se consacrer à son activité professionnelle de conseiller en matière de technologies énergétiques tout comme au projet de fusion de communes du Grand Val. Il reste Président du PEVJB.

Niklaus Gfeller, 54 ans, s'est au cours de ses 18 années d'activité au sein du Grand Conseil, distingué en tant que spécialiste reconnu dans les questions d'aménagement, d'énergie, d'économie et les questions sociales. Il reste maire de Worb.

RAPPORT DU GRAND CONSEIL

Formation, administration et transport

Le 6 juin, Ursula Zybach (PS) a succédé à Carlos Reinhard (PRD) à la Présidence du Grand Conseil. Lors de son discours d'ouverture, elle a demandé au Grand Conseil de travailler dans le but de donner une meilleure image des politiciennes et politiciens.

Bernhard Pulver (Les Verts) a été élu par une large majorité à la Présidence du Gouvernement.

Etat des lieux de la Haute école spécialisée

Le parlement cantonal a traité la question du regroupement des sites de la Haute école spécialisée bernoise et a déclaré: «Le Grand Conseil s'engage pour promouvoir l'attrait du canton de Berne en tant que lieu de formation. En ce sens, il réaffirme

son soutien à la création du Campus Berne pour la Haute école spécialisée bernoise, du Campus Berthoud pour le Lycée technique et d'un TecLab à Berthoud en tant que centre de formation innovant impliquant une coopération active entre les deux institutions. Le Grand Conseil s'attend à ce



Marc Jost

que les projets prévus à Berne et à Berthoud soient mis en œuvre sans délai.»

Interventions réussies du PEV

Une intervention du PEV présentée par **Christine Schnegg** demandait une stratégie globale pour les activités gouvernementales, en portant une attention particulière sur les valeurs des régions. Cette intervention a été adoptée avec succès par 110 voix contre 36.

Le gouvernement a présenté les programmes de mesures relatifs à la Stratégie de l'eau qui a été initiée par une motion de **Hans Kipfer**. Le Grand Conseil a adopté le programme par 140 voix contre 4.

Grâce à une motion de **Barbara Streit**, le Conseil-exécutif devra créer une plateforme de programmes Open Source permettant au canton et aux communes d'échanger des développements de software. Cette motion a été adoptée par 98 voix contre 48.

Tram Berne – Ostermundigen

Le parlement cantonal a adopté un crédit d'engagement pour la ligne de tram entre Berne et Ostermundigen. Le canton va ainsi participer aux frais de CHF 264 mio. à hauteur de CHF 102 mio. Cela doit permettre de remplacer la ligne de bus 10 entre Berne et Ostermundigen.

Marc Jost
Député au Grand Conseil